

AUF KOSTEN DES VOLKES

Rechtspopulistische Positionen
zu Klima und Umwelt



AUF KOSTEN DES VOLKES

Rechtspopulistische Positionen
zu Klima und Umwelt

GEFÖRDERT VOM



Die Publikation ist entstanden im Rahmen des Forschungsprojekts „Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit (PONN): National-autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation“ (Förderkennzeichen 01UV2071 A+B)

Auf Kosten des Volkes ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Non Commercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0



Autor:innen: Franziska Humpert, Philipp Kadelke, Christian Möstl, Miriam Schad und Bernd Sommer
Unter Mitarbeit von: Lilly Gerlach und Josefa Kny (Text & Lektorat)
Grafiken, Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Sarah Heuzeroth

Europa-Universität Flensburg /
Technische Universität Dortmund 2021

ISBN 978-3-00-069514-8

I. Worum es geht

Im Januar 2017 trat Donald Trump sein Amt als US-Präsident an und begann unverzüglich damit, den Klima- und Umweltschutz zu schwächen. Er genehmigte den Ausbau umstrittener Ölpipelines, wies neue Fördergebiete für fossile Brennstoffe in sensiblen Ökosystemen aus und kürzte der nationalen Umweltbehörde sowie der Klima- und Umweltforschung drastisch die Gelder. Im darauffolgenden Sommer kündigte Trump den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen der Vereinten Nationen an.

In Deutschland stellt die *Alternative für Deutschland* (AfD) die Klima- und Umweltschutzpolitik am lautesten infrage. Entgegen allen seriösen wissenschaftlichen Erkenntnissen leugnet die Partei zum Teil sogar, dass der Klimawandel durch Menschen verursacht ist. Und längst ist das Thema kein Nebenschauplatz mehr: Bekannte AfD-Politiker:innen ließen inzwischen verlauten, dass das Klima – nach Euro und Geflüchteten – neuer inhaltlicher Schwerpunkt der Partei werden soll.

Trump und die AfD sind nur zwei prominente Beispiele. Auch bei Protestbewegungen gegen Windkraftanlagen, in Debatten um die Klimabewegung *Fridays for Future* oder die Förderung von E-Mobilität finden sich solche Initiativen und Argumentationsmuster wieder: Klimaschutz und aktiver Wandel gen Nachhaltigkeit werden als „Elitenprojekt“ gedeutet, das zu Lasten „des Volkes“ geht.

Ist die Ablehnung von Klimaschutz also kennzeichnend für Rechtspopulismus heute? Und wenn ja, wieso ist das so? Teilen die Anhänger:innen des organisierten Rechtspopulismus und breitere Bevölkerungsteile die Anti-Klima-Positionen? Und schließlich: Was bedeutet ein Erstarken des Rechtspopulismus für eine sozial-ökologische Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit, deren Grundlage die Einhaltung der Pariser Klimaziele ist?

Diesen Fragen geht diese Veröffentlichung nach. Allgemeinverständlich fasst sie Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit (PONN): National-autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation“ zusammen. Die Veröffentlichung richtet sich also an ein Publikum jenseits der Fachwissenschaft: Dies können Politiker:innen auf verschiedenen Ebenen sein, Vertreter:innen aus dem Bereich der politischen Bildung, aber auch die viel zitierte „interessierte Öffentlichkeit“ aus den unterschiedlichsten Bereichen der Zivilgesellschaft. Der Fokus der Untersuchung – insbesondere bei der Auswertung der Daten der Bevölkerungsbefragungen – liegt auf Deutschland. Bei dem Thema der Veröffentlichung ist es aber auch notwendig, den Blick darüber hinaus zu weiten. Denn insbesondere die Situation in anderen europäischen Ländern und den USA ist Gegenstand einschlägiger Studien zu Rechtspopulismus und Umweltfragen.

PONN wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und von Mitarbeiter:innen der Technischen Universität Dortmund sowie der Europa-Universität Flensburg zwischen Mai 2020 und Juni 2021 durchgeführt.

Die ausführlichen Forschungsergebnisse wurden unter dem Titel „Rechtspopulismus, das Klima und die Umwelt“ im oekom-Verlag veröffentlicht.

II. Rechtspopulismus definiert und erklärt

Populismus ist ein schillernder Begriff. Er wird häufig und in ganz verschiedenen Zusammenhängen verwendet. Was jeweils gemeint ist, kann dabei sehr unterschiedlich sein.

In der Wissenschaft gibt es mehrere Ansätze Populismus zu definieren. Einige Wissenschaftler:innen verstehen Populismus als eine politische Strategie, um Macht zu erlangen. Andere sehen ihn als einen Politikstil, bei dem es darum geht, sich besonders „volksnah“ zu geben. Populismus eindeutig zu definieren ist schwierig. In Anlehnung an die Arbeiten von Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser können sich jedoch viele Wissenschaftler:innen, die zu diesem Thema forschen, darauf einigen, Populismus als Einstellungsmuster in Form einer **Ideologie** zu fassen.¹ Unter „Ideologie“ werden hier bestimmte aufeinander bezogene und wertende Vorstellungen über die Gesellschaft und wie sie zu sein hat verstanden.

Im Kern dieser Ideologie steht beim Populismus, nach Mudde und Rovira Kaltwasser, die Einteilung der Gesellschaft in zwei Gruppen: das „anständige Volk“ und die „korrupte Elite“. Beide Gruppen werden dabei in sich als Einheit verstanden.

Das anständige Volk hat gemäß der populistischen Vorstellungswelt nur einen Volkswillen. Unterschiede in Vorlieben oder Meinungen werden nicht anerkannt. Entsprechend ist der sogenannte „Volkswille“ der Wille, den Populist:innen selbst vertreten und als dessen Sprachrohr sie sich verstehen.

Die korrupte Elite ist ebenso klar definiert: Danach haben *alle etablierten* Politiker:innen, Journalist:innen, Wissenschaftler:innen usw.



vornehmlich die eigenen Interessen im Auge – und nicht die Interessen der einfachen Leute, des „Volkes“. Populist:innen, egal welcher Profession sie angehören und wie viel sie verdienen, sind davon allerdings ausgenommen.

Eine solche Erzählung der gesellschaftlichen Zustände und Zusammenhänge ist stark vereinfachend und lässt viel Interpretationsspielraum. Dies erklärt auch die sehr unterschiedlichen Spielarten von Populismus, die in verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen und unterschiedlichen Ländern zu beobachten sind. In der Regel dockt die klare Unterteilung in „Volk“ und „Elite“ an weitere ideologische Vorstellungen über Gesellschaft an. Kommen beispielsweise populistische und nationalistische autoritäre Ideologien zusammen, verschmelzen sie zu **Rechtspopulismus**. Das „Volk“ wird dann – insbesondere in der völkischen Tradition, die in Deutschland als stark ausgeprägt gilt – auch ethnisch definiert.

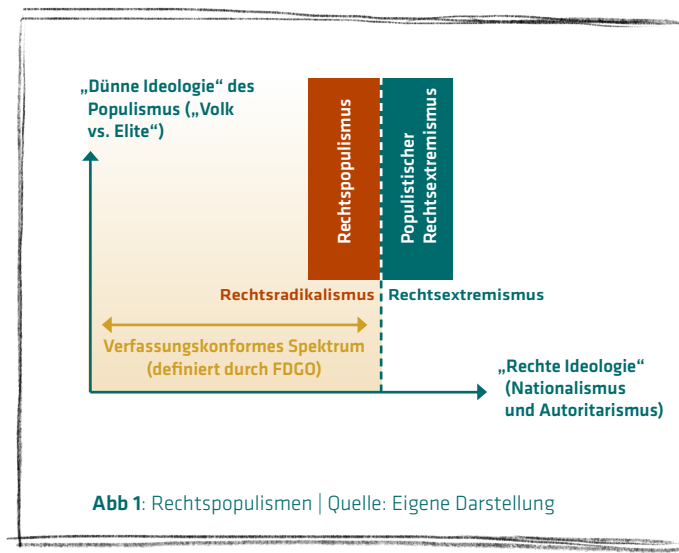
Was ist was am rechten Rand? Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus

Die drei Begriffe Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus werden häufig miteinander vermengt oder sogar synonym verwendet. Sie voneinander abzugrenzen und möglichst trennscharf verwenden zu können, ist jedoch wichtig. Darum möchten wir uns im Folgenden bemühen. Gleichzeitig ist dies nicht ohne Weiteres einzulösen, denn beim konkreten Gegenstand handelt es sich vielfach um eine Art *moving target*, also ein Phänomen, das selbst Veränderungen unterliegt und mal mehr in die eine oder die andere Richtung tendiert.

Dies zeigt sich zum Beispiel in der aktuellen Debatte darüber, ob die AfD eine *rechtspopulistische* oder eine *rechtsextremistische* Partei ist. Ende Februar 2021 wurde bekannt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD im Ganzen als einen rechtsextremen „Verdachtsfall“ einstuft. Die begriffliche Auseinandersetzung kann damit handfeste Folgen haben: Der Partei droht unter anderem die Überwachung mit nachrichtendienstlichen Mitteln.

Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus werden durch die Kriterien „Gewaltbereitschaft“ und „Systemfeindlichkeit“ voneinander abgegrenzt.

Von **Rechtsradikalismus** kann gesprochen werden, wenn seine Vertreter:innen rassistische und nationalistische Einstellungen haben, aber Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehnen und auch nicht die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) fordern. Rechtsradikale sind nach diesem Verständnis also keine gewaltbereiten Neonazis, die sich einen „Führerstaat“ wünschen. Dies wiederum ist Teil der Definition von **Rechtsextremismus**, der in Deutschland von den Verfassungsschutzbehörden als Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung beobachtet wird.



Die AfD ist ein Beispiel für eine Partei, die gegenwärtig zwischen populistischem Rechtsradikalismus und populistischem Rechtsextremismus zu verorten wäre. Unklar ist bislang noch, ob die rechtsextremistischen Strömungen in der Partei dauerhaft die Oberhand gewinnen werden.

Der Aufstieg der Rechtspopulist:innen

Rechtspopulist:innen sind in fast allen europäischen Parlamenten vertreten. In einigen Ländern wie Österreich, Ungarn und Polen waren bzw. sind sie sogar an der Regierung beteiligt oder führen sie an. Die Abbildung 2 (siehe folgende Seite) gibt hierzu einen Überblick für Europa. Rechtspopulismus ist also keine politische Randerscheinung, sondern eine politische Kraft, die sich in Europa und darüber hinaus etabliert hat. Wie ist der Aufstieg des Rechtspopulismus verlaufen, und wie lässt er sich erklären?

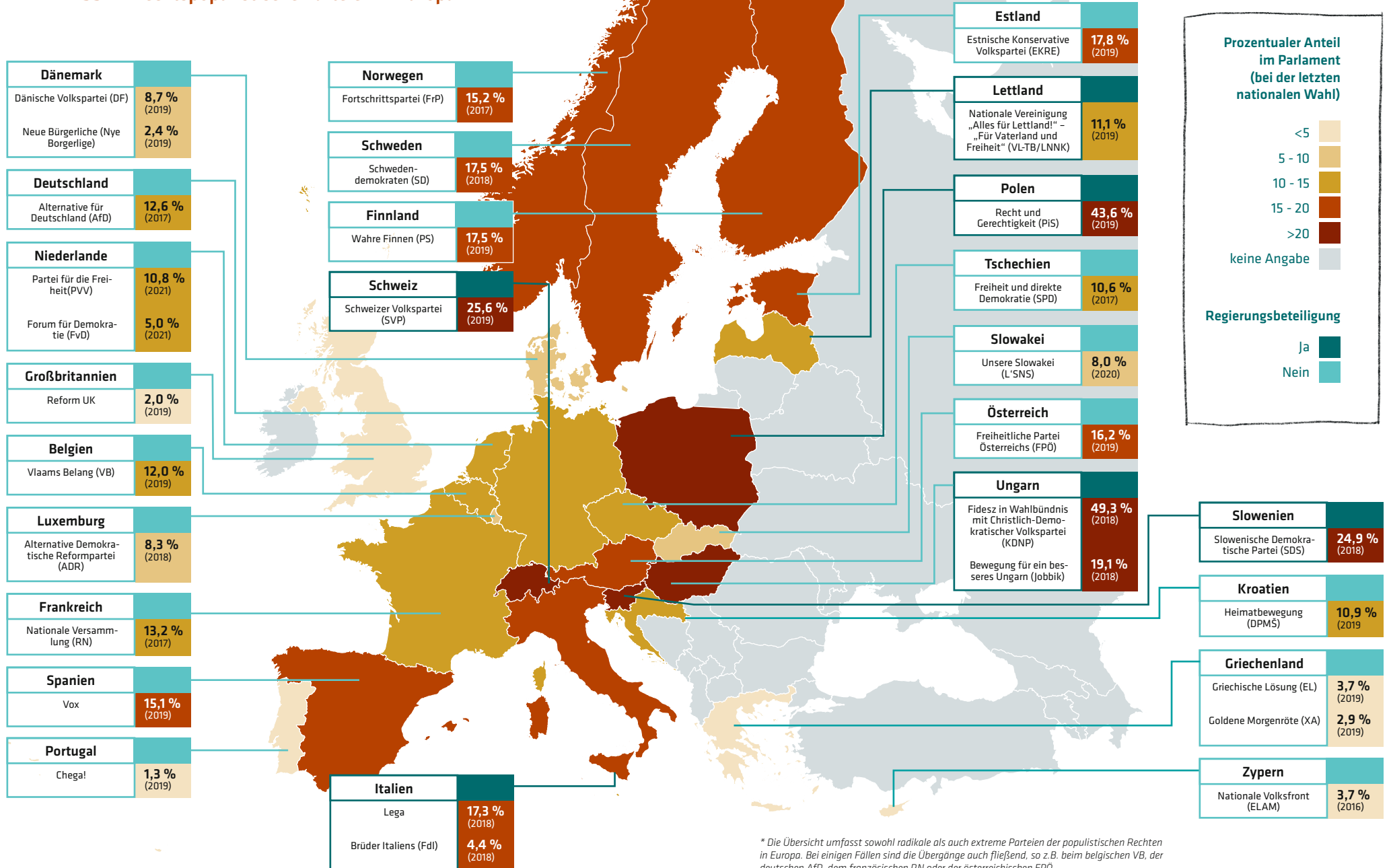
Als erstes „populist movement“ wurde in den 1870er Jahren eine Bewegung von Kleinbäuer:innen – sogenannte Yeoman – bezeichnet, die in den USA ihren Anfang nahm. Sie setzte sich unter anderem für gestützte Preise für landwirtschaftliche Produkte und die Einführung von Vorwahlen ein. Dabei ging es vor allem darum, die einfachen Leute vor den kapitalistischen Eliten und dem freien Markt zu schützen.²

In der europäischen Geschichte des Populismus sind Frankreich in den 1950er Jahren und die skandinavischen Länder in den 1970er Jahren zentrale Ausgangspunkte. In beiden Fällen bildeten sich populistische Parteien aus Protesten gegen die vorherrschende Steuerpolitik. Schon damals war die kennzeichnende populistische Erzählung zu beobachten, dass die Rechte des „Volkes“ gegenüber dem Staat bzw. der „Elite“ verteidigt werden müssen.

Im Laufe der Zeit wurde dieses Narrativ um Nationalismus und Rassismus ergänzt. Entsprechende rechtspopulistische Parteien entwickelten sich in den 1980er und 1990er Jahren in der Schweiz, Österreich, Belgien und im Norden Italiens.

In Deutschland hat sich mit der AfD erst 2013 – im europäischen Vergleich also relativ spät – eine rechtspopulistische Partei gebildet, die sich etablieren konnte. Seit der Bundestagswahl im Jahr 2017 liegt sie in den Umfragen relativ stabil über zehn Prozent.

Abb. 2: Rechtspopulistische Parteien in Europa*



Doch nicht allein in Europa ist der Aufstieg rechtspopulistischer politischer Kräfte zu beobachten. Ein besonders prominentes Beispiel ist hier der ehemalige US-Präsident Donald Trump, der sich als Vertreter des Volkes darstellte und gegen Eliten in den Medien und der Politik wettete.



Wer wählt Rechtspopulist:innen?

Um diese Frage zu beantworten, richten wir den Blick auf Deutschland und konkret auf die AfD als einzige politisch relevante rechtspopulistische Partei. Doch obwohl die Frage einfach klingt: Wer genau die Wähler:innen der AfD sind, ist nicht leicht zu beantworten – auch weil sich ihre Wähler:innenschaft seit der Parteigründung verändert hat.

In ihrer Anfangsphase definierte sich die AfD in erster Linie als Anti-Euro-Partei und konnte so vor allem Wähler:innen aus den oberen Einkommensschichten überzeugen. Mittlerweile wählen verglichen mit dem Bevölkerungsdurchschnitt eher untere Einkommensschichten häufiger die Partei. Zudem haben ihre Wähler:innen heute tendenziell einen formal niedrigeren Bildungsabschluss.

Ob die Wahl der AfD durch den Erwerbsstatus beeinflusst wird, ist schon weniger eindeutig. Zwar wählen arbeitslose Menschen die Partei überdurchschnittlich häufig, allerdings sind unter den Wähler:innen der AfD auch mehr Vollzeitbeschäftigte und vor allem Rentner:innen zu finden (siehe Abbildung 3).

Als Fazit lässt sich festhalten: Die Wähler:innen der AfD kommen aus allen Bevölkerungsgruppen. In prekären Milieus finden Rechtspopulist:innen zwar eine erhöhte Zustimmung, jedoch stellen diese Gruppen nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Ohne die Unterstützung aus anderen Milieus hätte die Partei nicht ihr derzeitiges politisches Gewicht.

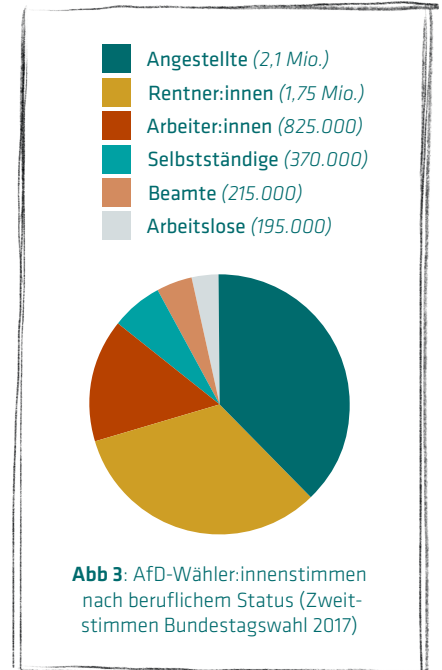
Deutliche Unterschiede zeigen sich dafür beim Geschlecht. AfD-Wähler:innen sind überwiegend männlich. Je nach Studie wählen zwischen zu rund zwei Dritteln und 80 Prozent Männer die Partei.

Auch in der geografischen Verteilung zeigt sich ein Muster: Der Anteil der AfD-Wähler:innen in Ostdeutschland liegt über dem in Westdeutschland. Allerdings stellt Ostdeutschland mit rund 12,5 Millionen Einwohner:innen nur einen Bruchteil der Wähler:innenschaft insgesamt. Die westdeutschen Wähler:innen sind also entscheidend für das gegenwärtige Gewicht der Partei.

Die Verbreitung des Rechtspopulismus in der Gesellschaft nur an der Parteivorliebe festzumachen, greift allerdings zu kurz. Rechtspopulistische Einstellungen werden auch in der Auswertung von statistischen Repräsentativdaten deutlich. Diese Erhebungen zeigen, dass ungefähr zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung entsprechende Einstellungen vertreten. Eine andere Studie aus dem Jahr 2016 kommt sogar auf einen Anteil von 20 Prozent der Bevölkerung mit klaren und 40 Prozent mit latent rechtspopulistischen Einstellungen.³

Wie lässt sich der Aufstieg erklären?

Warum konnte sich der Rechtspopulismus in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich so gut etablieren? Dazu gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Sie lassen sich in vier Thesen zusammenfassen.



Die Ökonomiethese: Unter dieser These lassen sich Erklärungen fassen, die den Aufstieg des Rechtspopulismus durch das wachsende Gefühl ökonomischer Unsicherheit und die Angst vor einem sozialen Abstieg begründen. Dafür verantwortlich gemacht wird in der Literatur oftmals eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die seit den 1970ern auf dem Vormarsch war. Dabei zieht sich der Staat weitgehend aus der Regulierung der Wirtschaft zurück. Stattdessen bestimmt der Wettbewerb das gesellschaftliche Leben bis hin zur Daseinsvorsorge; soziale Sicherungssysteme werden geschwächt. Die parallele Entwicklung der Globalisierung und Modernisierung – durch den Abbau vormals zentraler Industrien, technologische Neuerungen und Strukturwandel – lässt die Komplexität der Welt aus der Sicht des:der Einzelnen enorm anwachsen. Im Zusammenspiel ergibt sich eine zunehmende Verunsicherung bei verschiedenen Gesellschaftsgruppen, den sogenannten „Modernisierungsverlierer:innen“. Rechtspopulistische Parteien mit ihren vermeintlich einfachen Erklärungen und klaren Einteilungen in „gut“ und „böse“ profitieren von diesen Entwicklungen.



Die Kulturthese: Vertreter:innen dieses Ansatzes argumentieren, dass sich der Zuspruch zu rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen vor allem gegen eine kulturelle Liberalisierung und Modernisierung richtet. Lebensmodelle und Gruppen, die lange an den gesellschaftlichen Rand gedrückt wurden, gewinnen mittlerweile mehr an Sichtbarkeit: Homosexuelle Beziehungen, multikulturelles Zusammenleben und veränderte Geschlechterrollen werden weithin anerkannt und zunehmend auch politisch aufgegriffen. Postmaterielle Werte sind für einige bereits wichtiger als das eigene Haus oder Auto. Auch diese Entwicklung seit den 1970er Jahren wird auf neoliberalistische Politik und die beschleunigte Globalisierung zurückgeführt. Sie ist auch unter dem

Begriff der *Silent Revolution* bekannt, den der US-amerikanische Politikwissenschaftler Ronald Inglehart geprägt hat.⁴ Gesellschaftsgruppen, die sich vormals mit ihren Normen und Werten in der Mitte der Gesellschaft verortet hätten, empfinden die gesellschaftliche Vielfalt und Komplexität heute zunehmend als verunsichernd. Rechtspopulismus ist aus dieser Sicht eine regressive Revolte, also ein Versuch, die alte Werteordnung wiederherzustellen und die vermeintliche kulturelle Überlegenheit zu sichern.

Die Kontinuitätsthese: Darunter werden solche Ansätze zusammengefasst, die aus sozialpsychologischer Sicht genauer betrachten, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen sich persönlichen Einstellungen entwickeln. Sie verweisen darauf, dass menschenfeindliche, rassistische und rechtsextreme Einstellungen seit vielen Jahrzehnten in der Gesellschaft verbreitet sind. Für rechtspopulistische Politik bilden diese einen guten Nährboden.

Die These des politischen Wandels: Einige Erklärungsansätze gehen davon aus, dass vor allem die Veränderung von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zum Erfolg rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen beiträgt. Aus politikwissenschaftlicher Sicht werden hier einerseits die Dynamiken von Angebot und Nachfrage im Parteienspektrum untersucht. Andererseits steht die öffentliche Kommunikation im Fokus, die sich durch soziale Medien maßgeblich verändert hat. Für den Aufstieg von Rechtspopulist:innen ist demnach wichtig, wie sie handeln und mit Veränderungen umgehen. Wie geeint oder zersplittert tritt das rechte Spektrum auf? Welche Themen setzen Rechtspopulist:innen und welche Strategien verfolgen sie, um sich Gehör zu verschaffen? Mit ihrem konkreten Vorgehen gelingt es beispielsweise der AfD deutlich besser als der neonazistischen *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD), diejenigen als Wähler:innen und Mitstreiter:innen zu mobilisieren, die bereits anschlussfähige Einstellungen haben (siehe *Kontinuitätsthese*).

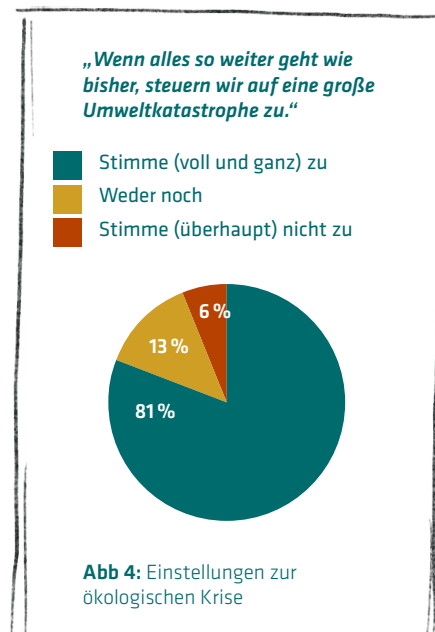


III. Wer denkt was?

(Rechts-)populistische Einstellungen sowie Umwelt- und Klimawandeleinstellungen in der Bevölkerung

Inwiefern Menschen mit rechtspopulistischen Einstellungen auch Themen des Umwelt- und Klimaschutzes ablehnen, ist bislang wenig erforscht. Im Folgenden werden einige ausgewählte empirische Befunde für Deutschland vorgestellt, die auf Basis großer Bevölkerungsumfragen gewonnen wurden.⁵

Umwelt- und Klimawandeleinstellungen – Einigkeit (nur) auf den ersten Blick



Die Einstellungen der Bevölkerung zu Umwelt und Klimawandel werden auf der Grundlage ganz unterschiedlicher Fragen gemessen: Welches Naturverständnis habe ich? Mache ich mir Sorgen um die Umwelt? Würde ich selbst Geld für den Umweltschutz ausgeben und wenn ja, wie viel? Wie stehe ich zur Energiewende? Und welchen Handlungsbedarf sehe ich mit Blick auf den Klimawandel? Zu diesen Fragen werden für die statistische Erhebung einzelne Aussagen – sogenannte Items – ausgewertet, zu denen sich die Befragten positionieren sollen. Abbildung 4 zeigt auf Basis des GESIS Panels die Verteilung

lung zu der Frage, inwiefern die Befragten meinen, dass wir als Gesellschaft auf eine Umweltkatastrophe zusteuern. Die große Mehrheit der Bevölkerung hält diese Aussage für zutreffend. Nur sechs Prozent der Befragten verneinen sie ausdrücklich.

Grundsätzlich kann die deutsche Bevölkerung als umwelt- und klimawandelsensibel beschrieben werden: Betrachtet man die Daten des European Social Survey 2016 für Deutschland, bezweifeln nur vier Prozent der Befragten, dass es den Klimawandel überhaupt gibt. Lediglich fünf Prozent führen ihn auf rein natürliche Prozesse zurück. Die von Rechtspopulist:innen teils lautstark vorgetragene Leugnung des menschengemachten Klimawandels (siehe Kapitel 4) spielt in der Gesamtbevölkerung bislang kaum eine Rolle. Die Einigkeit wird jedoch brüchig, wenn es um konkrete politische Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels geht. Das betrifft beispielsweise Fragen zur Energiewende oder zur Zahlungsbereitschaft: Bin ich bereit höhere Steuern auf fossile Energieträger zu bezahlen? Können erneuerbare Energien ausreichen, um den Energiebedarf zu decken? Hier weichen die Meinungen teils deutlich voneinander ab.

Populistische Einstellungen – gegen „die da oben“

Um die Einstellungen zum Rechtspopulismus in der Bevölkerung genauer zu analysieren, wird in Anlehnung an die Definition aus Kapitel 2 unterschieden zwischen einer *vertikalen* Differenzierungslinie populistischer Einstellungen – „anständiges Volk“ gegen „korrupte Elite“ – und einer *horizontalen* Differenzierungslinie rechter Thematiken wie Migration und Nationalismus.⁶

Populistische Einstellungen können unterschiedlich gemessen werden, zum Beispiel ob Befragte der Ansicht sind, dass Politiker:innen nur an den Wähler:innenstimmen „der Leute“ interessiert sind, nicht aber an deren tatsächlicher Meinung. Aber auch Themen wie mehr direkte Demokratie, Vertrauen in die Regierung oder ob sich die Parteien heutzutage überhaupt noch unterscheiden sind Bestandteil der Untersuchung.

„Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken.“

- Lehne (tendenziell) ab
- Weder noch
- Stimme (tendenziell) zu

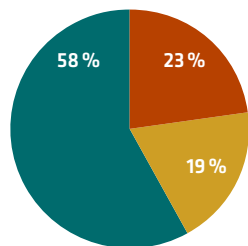


Abb 5: Unzufriedenheit mit Politiker:innen*

Das dargestellte Beispiel macht deutlich, dass kritische Haltungen gegenüber Politiker:innen durchaus verbreitet sind: 58 Prozent der Befragten geben an, dass sich Politiker:innen ihrer Meinung nach nicht darum kümmern, was Leute wie sie denken. Grundsätzlich sind populistische Einstellungen keine Randerscheinung, sondern gesellschaftlich relevant und durchaus verbreitet. So schätzt etwa das Populismusbarometer der Bertelsmann Stiftung für das Jahr 2019, dass drei von zehn Wahlberechtigten populistische Einstellungen teilen.⁷ Diese Zahl ging in 2020 leicht zurück.⁸

Rechtspopulistische Einstellungen breit verankert

Bezogen auf die horizontale Differenzierungslinie zu rechten Thematiken wurden ebenfalls verschiedene Merkmale genauer betrachtet. Einbezogen wurde zum Beispiel, wie die Befragten sich zu Migration, Flucht und Asyl oder dem Islam positionieren. Daraus lassen sich nationalistische Einstellungen ableiten, bei denen die Abgrenzung von vermeintlich Fremden zentral ist – „wir“ gegen „die“.⁹ Auch Einschätzungen zur EU – als Indikator für nationalistische Tendenzen – oder Fragen zu Gleichstellung der Geschlechter flossen in die Analyse ein.

Die nachstehende Grafik (Abbildung 6) zum GESIS Panel macht deutlich, dass rechte Einstellungen in der deutschen Bevölkerung verankert sind: Nur ein Viertel aller Befragten erachtet Einwanderer:innen als eine Bereicherung für die Gesellschaft. Demgegenüber steht ein weiteres Viertel, das der Meinung ist, Einwanderer:innen machen Deutschland

„Wird Deutschland durch Einwanderer zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben?“

- (Tendenziell) schlechterer Ort
- Weder noch
- (Tendenziell) besserer Ort

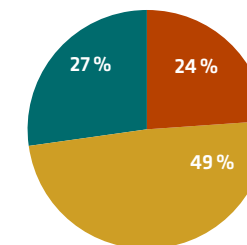


Abb 6: Entwicklungen zur Zuwanderung

zu einem schlechteren Ort. Die Mehrheit ist in dieser Frage unschlüssig. Die Größe der Bevölkerungsteile, die dem Rechtspopulismus zuneigt, unterscheidet sich allerdings auch je nach dem, wie sie gemessen wird.

Umwelt, Klima und Migration – die Bedeutung wächst

Die nachstehende Abbildung 7 zeigt, wie sich die Besorgtheit um die Themen Umweltschutz, Klimawandelfolgen und Zuwanderung im Zeitverlauf von 2009 bis 2019 verändert hat.

GESIS Panel 2019, Fallzahl = 4.886. Daten gewichtet. Die originäre 11-stufige Antwortskala wurde reskaliert.

Bevölkerungsanteil mit großen Sorgen nach Themenfeldern

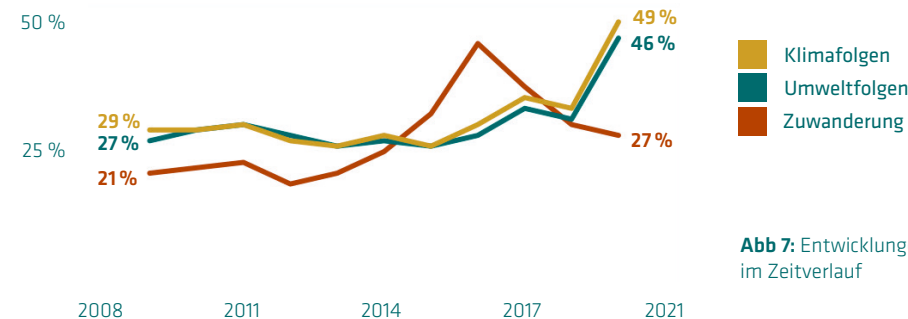


Abb 7: Entwicklungen im Zeitverlauf

* GESIS Panel 2019, Fallzahl = 4.897. Daten gewichtet. Die originäre 5-stufige Antwortskala wurde reskaliert.

SOEP v.36. Die Fallzahl variiert je nach Welle zwischen 19.000 und 27.000 Personen. Daten gewichtet.

Betrachtet man auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels, wie die Bevölkerung Umweltschutz und Klimawandelfolgen in diesen zehn Jahren bewertet, wird deutlich: Die Sorgen nehmen zu. Auch die Bedenken beim Thema Zuwanderung wachsen tendenziell. Besonders groß waren sie in den Jahren 2015 und 2016 als Reaktion auf die steigenden Zahlen von Asylsuchenden in Deutschland. Die Furcht vor Klimawandelfolgen und mangelndem Umweltschutz steigt dagegen seit 2017 im Trend besonders an. Im Jahr 2019 äußerte fast jede zweite Person hier große Sorgen. Als mögliche Gründe für den Anstieg lassen sich etwa zunehmende Extremwetterereignisse oder der Erfolg von *Fridays for Future* nennen. Durch die Bewegung erreichte das Thema eine breite Öffentlichkeit.

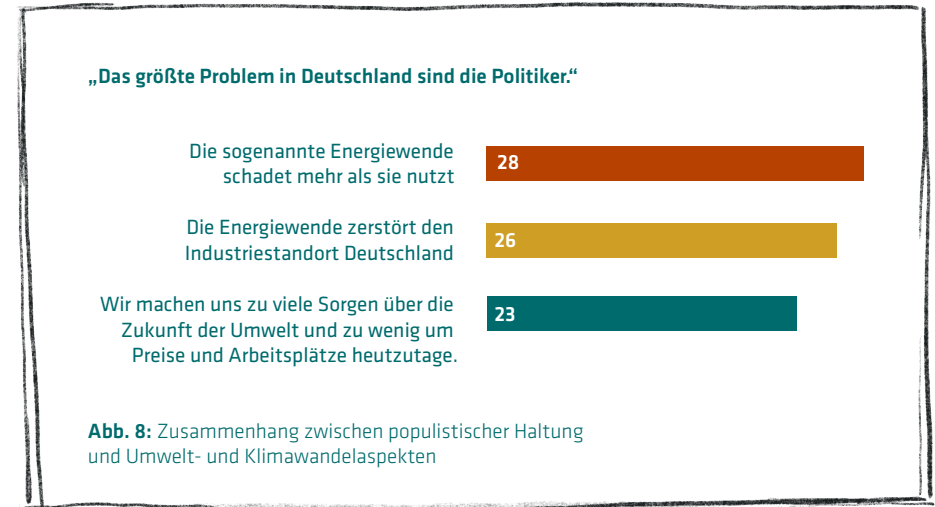
Die Phänomene im Zusammenspiel

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen (rechts-)populistischen Haltungen und Umwelt- und Klimawandeleinstellungen? Und wie lassen sie sich darstellen?

Zunächst werden die Beziehungen zwischen populistischen Einstellungen (vertikale Differenzierungslinie) und Umwelt- sowie Klimawandeleinstellungen betrachtet. Obwohl die Messung des Populismus in Anbetracht der Frageformulierungen in den bestehenden Datensätzen limitiert ist, gibt es aufschlussreiche Hinweise auf vorhandene Verbindungslinien.

Die nachfolgende Abbildung zeigt ausgewählte Variablenpaare und ihre Zusammenhangsstärke. Beträgt der Wert 0 besteht kein Zusammenhang; beträgt er 1, ist der Zusammenhang extrem stark. Dabei können Werte ab 0,3 als substantiell interpretiert werden, Werte ab 0,4 als starke Beziehungen.

Die Beispielvariable „Das größte Problem in Deutschland sind Politiker“ macht verglichen mit anderen Populismus-Variablen eine starke Beziehung deutlich, zum Beispiel zum Thema Energiewende. Der obere



GESIS Panel 2017. Die Fallzahl variiert je nach Variablenpaar zwischen 3.400 und 4.000 Personen. Daten gewichtet. Korrelationskoeffizient: Pearsons r . Je höher die Werte auf einem Spektrum von 0 bis 1, desto stärker ist der Zusammenhang zwischen den Einstellungen

Balken zeigt: Je eher eine Person der Auffassung ist, dass Politiker:innen das größte Problem in Deutschland sind, desto eher wird auch die Energiewende als schädlich eingeschätzt. Allerdings zeigt ein Wert von 0,28, dass es sich hierbei um eine Tendenz handelt, nicht um einen extrem starken Zusammenhang.

Dies ist ein Indiz dafür, dass der Energiewende eine Schlüsselfunktion als vermeintlichem Elitenprojekt zukommt. Populistische Erzählungen von der „korrupten Elite“ können hier erfolgreich andocken (siehe Kapitel 4).

Was sich auch beobachten lässt: immer wenn umweltrelevante Fragen mit sozialen Themen verknüpft werden, kommen populistische Ansichten besonders stark zum Vorschein. Auf dieser Basis lässt sich vermuten, dass gerade die Angst vor möglichen oder drohenden sozialen Benachteiligungen geeignet ist, um gegen Nachhaltigkeitspolitik zu mobilisieren.

Aus statistischer Sicht erweisen sich Variablen des *Rechtspopulismus* als einflussreicher als rein populistische Merkmale. Das bedeutet, dass sich mit Blick auf die rechte Aufladung populistischer Einstellungen und Umwelt- sowie Klimawandeleinstellungen stärkere Zusammenhänge zeigen. Die Tabelle veranschaulicht zum Beispiel: Menschen, die Geflüchtete als eine Bedrohung der in Deutschland geltenden Werte einschätzen, sind auch deutlich häufiger der Ansicht, dass die Energiewende den Industriestandort Deutschland zerstört. Oder: Finden die Befragten, dass Einwanderer:innen den Ort, an dem man lebt, zu einem schlechteren Ort machen, ist auch ihre Bereitschaft gering, höhere Preise für den Umweltschutz zu zahlen.

Tabelle 1: Ausgewählte Zusammenhänge nativistischer Haltungen und Umwelt- u. Klimawandeleinstellungen

| Nativismus-Merkmal | Klimawandel-Merkmal | Zusammenhangsstärke |
|---|--|---------------------|
| Flüchtlinge stellen eine Bedrohung für die Werte in Deutschland dar. | Die Energiewende zerstört den Industriestandort Deutschland. | 0,40 |
| Wird Deutschland durch Einwanderer zu einem schlechteren oder besseren Ort zum Leben? | Keine Bereitschaft für höhere Preise für Umweltschutz. | 0,32 |
| Flüchtlinge stellen eine Bedrohung für den Wohlstand in Deutschland dar. | Die erneuerbaren Energien sind nicht ausreichend, um ein Industrieland zu versorgen. | 0,29 |

GESIS Panel 2019. Die Fallzahl variiert je nach Variablenpaar zwischen 4.800 und 4.900 Personen. Daten gewichtet. Korrelationskoeffizient: Pearsons r .

Neben migrationsbezogenen Einstellungen ist mit Blick auf die Umwelt- und Klimawandeleinstellungen auch entscheidend, wie die EU bewertet wird. Die folgende Abbildung lässt erkennen: Wer findet, dass Deutschlands Mitgliedschaft in der EU eine schlechte Sache ist, hält auch die Umweltkrise für eher übertrieben. Entsprechende Personen sind auch weniger bereit, den eigenen Lebensstandard anzupassen, um die Umwelt zu schützen.

„Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine schlechte Sache?“



Abb. 9: Zusammenhang zwischen EU-Skeptizismus und Umwelt- und Klimawandelaspekten

GESIS Panel 2019. Die Fallzahl variiert je nach Variablenpaar zwischen 4.800 und 4.900 Personen. Daten gewichtet. Korrelationskoeffizient: Pearsons r . Je höher die Werte auf einem Spektrum von 0 bis 1, desto stärker ist der Zusammenhang zwischen den Einstellungen

Insgesamt macht die Datenauswertung deutlich, dass Umwelt- und Klimawandeleinstellungen durchaus von (rechts-)populistischen Einstellungen geprägt sind. Dabei sind die Verbindungslinien zwischen rechten Einstellungen und Umwelt- und Klimawandeleinstellungen stärker als jene zu populistischen Einstellungen. Mit anderen Worten: Das „Rechte“ am Rechtspopulismus und weniger der Populismus scheint in einem Zusammenhang mit der Ablehnung von Umwelt- und Klimaschutz zu stehen. Das macht nicht gleich alle Befragten mit (rechts-)populistischen Einstellungen auch zu Klimawandelskeptiker:innen – wie das Beispiel am Anfang dieses Kapitels zeigen konnte. Die Ansichten, die bestimmte Bevölkerungsgruppen teilen, sind also nicht deckungsgleich mit dem, was rechtspopulistische Akteur:innen bzw. Politiker:innen vertreten.

IV. Was Rechtspopulist:innen zu Klima und Umwelt sagen

Welche Positionen beziehen rechtspopulistische Parteien und Medien zu Themen des Klima- und Umweltschutzes? Diese Frage steht nachfolgend im Zentrum.

Menschengemachter Klimawandel? Gibt's ja wohl nicht!

Vertreter:innen rechtspopulistischer Parteien in Europa und den USA äußern sich überwiegend skeptisch gegenüber der Wissenschaft und ihren Erkenntnissen. Das gilt auch in Bezug auf den Klimawandel. Sie zweifeln zum Beispiel an, dass es einen menschlichen Einfluss auf das Klima gebe oder dass etwas gegen eine globale Erwärmung getan werden könne. So schreibt die AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm von 2017:

„Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. Schon vor der Industrialisierung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die zugehörige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen.“



ANFEINDUNGEN GEGEN GRETA THUNBERG

Statt zur Schule zu gehen, setzte sich die damals 15-jährige Schülerin Greta Thunberg an einem Freitag im Sommer 2018 mit einem Banner vor das schwedische Parlament. Darauf stand: Schulstreik für das Klima. Was als einsamer Protest begann, wurde innerhalb eines Jahres unter dem Namen *Fridays For Future* zu einer globalen Bewegung. Das Thema Klimawandel eroberte so die politische Tagesordnung und etablierte sich fest im öffentlichen Diskurs.

Als Gesicht der Jugendbewegung *Fridays for Future* steht Thunberg für Argumente, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen gründen. Sie appelliert vor allem an Personen in Machtpositionen, die Pariser Klimaziele einzuhalten. Die große Welle an Aufmerksamkeit für Thunberg und die Ziele der jungen Bewegung werden jedoch nicht nur mit Begeisterung aufgenommen. Sexistische und (alters-)diskriminierende Äußerungen sowie hasserfüllte Anfeindungen sind Teil des Diskurses – besonders in den sozialen Medien.

Ein Beispiel für das Ausmaß an Aufmerksamkeit, das die junge Aktivistin erhält, folgte auf ihre eindringliche „How dare you“-Ansprache im September 2019 auf dem UN-Klimagipfel. Darin warf sie führenden Politiker:innen vor, ihrer Verantwortung in Hinblick auf den Klimawandel

nicht nachzukommen. Sowohl der damalige US-amerikanische Präsident Donald Trump als auch sein russischer Gegenpart Wladimir Putin äußerten sich daraufhin öffentlich abwertend zu ihrer Person. Damit sind die beiden Präsidenten bei Weitem nicht allein.

In Deutschland bezieht die AfD immer wieder gegen Thunberg und *Fridays For Future* Stellung. Viele Mitglieder der Partei schrecken vor persönlichen Beleidigungen nicht zurück – bis hin zu menschenfeindlichen Aussagen in Bezug auf Thunbergs mentale Gesundheit. Wahlweise wird sie als Opfer oder Feindbild stilisiert. Ihr Asperger-Autismus wird zum Anlass, um sie als „geistig krankes, behindertes Mädchen“¹⁰ zu diffamieren und daraus einen Mangel an Urteilsfähigkeit abzuleiten.¹¹ Zugleich wird eine Verschwörungserzählung verbreitet, die Thunberg als PR-Marionette inszeniert. Ihr rasanter Aufstieg sei Teil einer „PR-Kampagne für die linksgrün indoktrinierten, naiven jungen Menschen rund um die Welt“. Diese Kampagne solle den finanziellen Interessen ihres „extremistischen Elternhauses“¹² und denen eines schwedischen Unternehmers dienen.¹³ Das Recherchezentrum *Correctiv* hat die Vorwürfe überprüft und konnte keine Belege für eine systematische PR-Kampagne finden.¹⁴

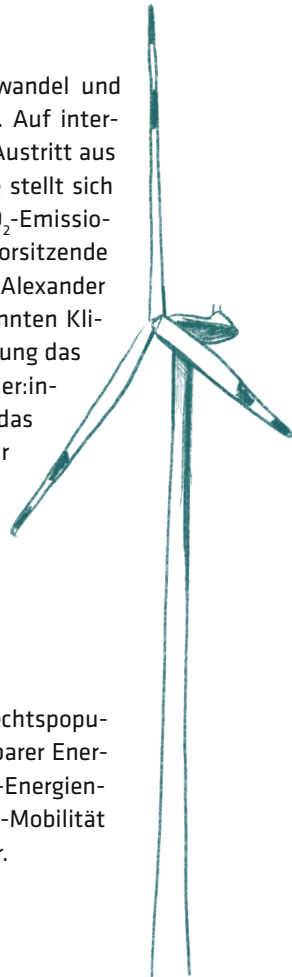
Auch AfD-Politiker:innen äußern sich immer wieder öffentlich zu diesem Thema. Alexander Gauland beispielsweise bezweifelt eine menschlich verursachte Erderwärmung und spricht stattdessen von einer „politisch motivierte[n] Panikmache“.¹⁵

Um die eigenen Aussagen wissenschaftlich zu untermauern, beruft sich die AfD häufig auf Studien des *Europäischen Instituts für Klima & Energie* (EIKE). Bei EIKE handelt es sich allerdings nicht um eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung, sondern um einen politischen Interessenverband, der den menschengemachten Klimawandel systematisch leugnet.

Die AfD bestreitet den menschengemachten Klimawandel und lehnt entsprechend jegliche Klimaschutzpolitiken ab. Auf internationaler Ebene will die Partei beispielsweise einen Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen durchsetzen. Sie stellt sich gegen alle EU-Maßnahmen, die eine Reduktion der CO₂-Emissionen mit Klimaschutz begründen. Der ehemalige AfD-Vorsitzende und programmatische Vordenker der neuen Rechten Alexander Gauland verkündete sogar: „Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik ist nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD.“¹⁶ Auch Wissenschaftler:innen halten fest, dass „der Populismus in Deutschland das Handlungsfeld Energie- und Klimapolitik seit 2019 für sich als zentrale Kampfarena entdeckt“¹⁷ hat.

Die Energiewende – eine „Verspargelung der Landschaft“

Die Energiewende ist ein besonders beliebtes Ziel rechtspopulistischer Kritik. Die AfD möchte den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland verhindern und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen. Sie positioniert sich gegen E-Mobilität und setzt weiterhin auf Autos mit Verbrennungsmotor.



Die Konflikte um die Energiewende spitzen sich besonders auf lokaler Ebene zu, wenn es beispielsweise um den Ausbau von Windkraftanlagen geht. AfD-Politiker:innen sprechen hier gern von einer „Verspargelung der Landschaft“, die Gefahren für Menschen sowie Tier- und Naturschutz mit sich bringe.¹⁸ Die Konflikte vor Ort tragen neben der AfD auch das bereits erwähnte *Europäische Institut für Klima & Energie* (EIKE) sowie die *Bundesinitiative Vernunftkraft* aus, die sich laut Selbstbezeichnung für eine „vernünftige Energiepolitik“ einsetzt. Die – mittlerweile gut vernetzten – Windkraftgegner:innen-Gruppen und -Initiativen konnten bereits einige Projekte für neue Windkraftanlagen verhindern. Auf der einschlägigen Internetplattform *windwahn.com* findet sich eine Auflistung der Bürgerinitiativen gegen Windkraft – derzeit sind es über 1000.¹⁹

Nicht alle rechtspopulistischen Parteien in Europa setzten sich gegen eine Energiewende ein. Unterstützen sie aber den Ausbau erneuerbarer Energien, steht nicht der Klimaschutz im Vordergrund, sondern eine Unabhängigkeit von „ausländischen“ Energieträgern.

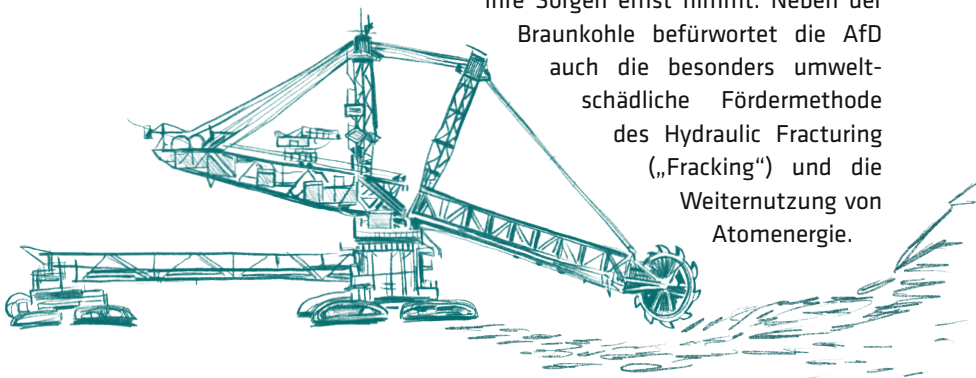
Braunkohle? Ja, bitte!

Viele rechtspopulistische Parteien in Europa, darunter auch die AfD, wollen weiter auf fossile Energieträger setzen. Vor allem an der Verstromung von Braunkohle will die AfD festhalten. In ihrem Europawahlprogramm aus dem Jahr 2019 schreibt sie:

„Braunkohle ist der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung. Die EU und die Bundesregierung bereiten mit Hilfe der CO₂-Zertifikate-Politik und über eine Besetzung der deutschen Kohlekommission mit Fachfremden und grünen Ideologen den Kohleausstieg vor. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland.“



In der Lausitz, in der Braunkohle abgebaut wird, ist die AfD besonders aktiv und erhält auch hohe Zustimmungswerte. Die Partei präsentiert sich hier als *die* Partei, die sich um die Menschen vor Ort kümmert und ihre Sorgen ernst nimmt. Neben der Braunkohle befürwortet die AfD auch die besonders umweltschädliche Fördermethode des Hydraulic Fracturing („Fracking“) und die Weiternutzung von Atomenergie.



Naturschutz von rechts

Obwohl sie den Klimawandel bestreiten und Klimaschutzpolitiken ablehnen, setzen sich einige rechtspopulistische Parteien in Europa für den Naturschutz ein.²⁰ Naturschutz hängt hier allerdings meist mit einer rechten Heimatideologie zusammen: Die Identität der Bevölkerung wird mit der heimischen Natur verknüpft, die es als nationales Erbe zu bewahren gelte.

Auch die AfD setzt sich laut ihres umweltpolitischen Sprechers Karsten Hilse für „ehrlichen Umwelt- und Naturschutz“ ein.²¹ Als ein Beispiel machen die Konflikte um die Energiewende deutlich, dass auch hier eine nationalistisch aufgeladene Heimatideologie betrieben wird. So würden Windräder eine „Heimatbedrohung“ darstellen, die das Landschaftsbild sowie den deutschen Wald zerstören und Vögel in Gefahr brächten.²² Naturschutz wird damit Bestandteil einer „konservativen, bewahrenden Politik“, mit der die AfD neue Wähler:innen gewinnen möchte, wie der Berliner AfD-Politiker Georg Pazderski festhält.²³ In manchen Bundesländern setzt sich die Partei auch für den Tierschutz – zum Beispiel gegen Tiertransporte – und gegen Gentechnik ein.

RECHTE ÖKO-SIEDLER:INNEN

Dass Naturschutz und rechte bzw. rechtsextreme Ideologie gut zusammengehen können, zeigt sich auch in der Szene der völkischen Siedler:innen. Sie beziehen Höfe und sogar ganze Dörfer, betreiben ökologische Landwirtschaft und pflegen nationalistisches Brauchtum. Die völkische Bewegung denkt die Bereiche Natur-, Heimat-, Tier- und Volksschutz schon seit dem 19. Jahrhundert eng zusammen, wie die Autor:innen des Buches „Völkische Landnahme“, Andrea Röpke und Andreas Speit, ausführen.²⁴ Ihre Anhänger:innen glauben, dass dem deutschen Volk eine „Über-

fremdung“ durch Zuwanderung bevorstehe, die zum sogenannten „großen Austausch“ führe.²⁵ Davor müsse die eigene „Heimat“ und „Identität“ geschützt werden. Die Aufrechterhaltung traditioneller Siedlungsformen, altdeutscher Namen und der Wiederbelebung von Sagen, Mythen und Traditionen sind dafür die Mittel der Wahl.

Auch wenn es grundsätzlich wichtig ist, Rechtspopulist:innen von rechtsextremen, völkischen Siedler:innen abzugrenzen, gibt es teilweise personale und ideologische Verbindungen.

Dass sich rechte Parteien für den Naturschutz einsetzen, ist nicht ungewöhnlich und lässt sich historisch weit zurückverfolgen. Bereits in der Zeit des Nationalsozialismus wurde Naturschutz mit rechter Ideologie verbunden. Das erste deutsche Naturschutzgesetz, das sogenannte Reichsnaturschutzgesetz, wurde 1935 von NS-Führungskader Hermann Göring auf den Weg gebracht.

Klimapolitik – die Abzocke der kleinen Leute

Klima- und Umweltschutzpolitik verstärkt soziale Ungleichheit und belastet die „einfachen Leute“ übermäßig – mit diesem Argument lehnen Rechtspopulist:innen sie grundsätzlich ab, ohne dabei auf die inhaltlichen Gestaltungsspielräume einzugehen. Vor allem wenn es um



die Energiewende geht, behauptet die AfD, dass ökonomisch schlechter gestellte Bevölkerungsteile noch mehr benachteiligt werden und die gegenwärtige Energiepolitik zu einer „Umverteilung von unten nach oben“ führe.²⁶

Rechtspopulist:innen geben außerdem an, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen aus Sorge um die individuelle Freiheit abzulehnen.

Das *Europäische Institut für Klima & Energie* (EIKE) verkündet auf seiner Website beispielsweise: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“ Freiheit ist ein zentraler Begriff für viele rechtspopulistische Parteien. Einige führen das Wort sogar im Namen – etwa die *Partei für die Freiheit* (PVV) in den Niederlanden, die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) oder die tschechische Partei *Freiheit und direkte Demokratie* (SPD).

„Elitenprojekt“ Klimapolitik

Rechtspopulist:innen rahmen Klima- und Umweltschutzpolitik als etwas, das sich gegen das „Volk“ und die „einfachen Leute“ richtet. Entsprechende Maßnahmen werden als ein Projekt der „Elite“ dargestellt, die alleine davon profitieren würde. Hier wird das zentrale Element des Populismus deutlich: die Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“. So wird die Energiewende gern als „kulturelles Elitenprojekt“²⁷ oder „als Projekt abgehobener urbaner Eliten“²⁸ bezeichnet. In rechten Kreisen wird Klimaschutz auch gern als „neue Religion“ seiner Unterstützer:innen dargestellt.²⁹ Der AfD-Abgeordnete Karsten Hilse spricht von Klimaschutz als einer „Ersatz-Religion“.³⁰

Insgesamt bieten Klima- und Umweltschutzpolitiken eine passende Zielscheibe für rechtspopulistische Kritik, da sie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und oft nur Expert:innen in der Lage sind, ihre langfristigen Wirkungen einzuordnen. Die AfD stellt diesem Expert:innenwissen den vermeintlich „gesunden Menschenverstand“ als

„sachadäquat und demokratisch“ gegenüber – fundiert durch die Positionen eigener Expert:innen.³¹

Die EU als Klimaschützerin

Die Ablehnung des Euro und der Europäischen Union (EU) waren ein Hauptthema in den Anfangsjahren der AfD. Klima- und Umweltschutzpolitik sind ein wichtiges Aufgabengebiet der EU. Mittlerweile stellen sie sogar einen der am weitesten entwickelten Bereiche der EU-Politik dar. So ist es nicht verwunderlich, dass die AfD jegliche umwelt- und klimapolitischen Regulierungen durch die EU ablehnt. Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens der AfD-Mitglieder im Europäischen Parlament konnte zeigen, dass diese zwischen 2014 und 2018 gegen jeden einzelnen Antrag zum Thema Klimaschutz gestimmt hatten.³²

Insgesamt betrachten viele rechtspopulistische Parteien die EU kritisch. Sie wollen die Gesetzgebung in den Händen ihrer jeweiligen Nationalstaaten belassen. So fordert die AfD in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2021 sogar den „Dexit“, den EU-Austritt Deutschlands nach britischem Vorbild. In dieser Logik werden auch Beschlüsse zum Klimaschutz auf EU-Ebene als eine weitere Einmischung Brüssels in die nationale Selbstbestimmung verstanden.³³



Klimaschutzmaßnahmen, die durch die EU erlassen werden, gelten als Gefahr für die Souveränität und Unabhängigkeit der Nationalstaaten. Zusätzlich werden sie als eine wirtschaftliche Bedrohung für die Mitgliedsstaaten dargestellt. Rechtspopulist:innen argumentieren: Steuern, Abgaben und Subventionen führen dazu, dass sich Einkommen verringern. Dies schädige wiederum die nationale Wirtschaft, denn der Wettbewerb zwischen den Staaten werde dadurch beeinflusst und verzerrt.

V. Was dagegen?

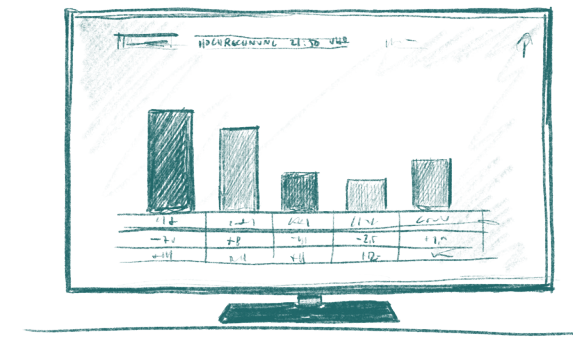
Wieso Rechtspopulist:innen Klimapolitik ablehnen

Im vorigen Kapitel wurde deutlich, dass rechtspopulistische Parteien und Initiativen den menschengemachten Klimawandel offensiv bestreiten und Maßnahmen, um Klima und Umwelt zu schützen, weitgehend ablehnen. Auch in der Bevölkerung findet man diese Positionen bei bestimmten Gruppen wieder. Was aber treibt Rechtspopulist:innen dazu an? Welche Erklärungen lassen sich dafür finden? Bestehende Ansätze nehmen ganz unterschiedliche Gründe in den Fokus.

Fokus: Ideologie und Parteivorliebe

Mit welcher Partei jemand sympathisiert, ist einer der wichtigsten Gründe, um zu erklären, welche Einstellung zu Umwelt- und Klimafragen er oder sie hat. Im rechten Parteien- und Wähler:innenspektrum sind Zweifel am Klimawandel und eine Ablehnung von Klima- und Umweltschutzpolitik besonders verbreitet. Andersherum glauben Wähler:innen rechter Parteien deutlich seltener an den menschengemachten Klimawandel. Sie sind auch weniger bereit, entsprechende Politikmaßnahmen zu unterstützen. Beides zeigt eine Analyse von Umfragedaten im Vergleich von 25 EU-Ländern aus dem Eurobarometer.³⁴ Vor allem der Nationalismus gilt als *der* Bestandteil rechtspopulistischer Einstellungen, der eine ablehnende Haltung gegenüber Klima- und Umweltschutzpolitik besonders prägt.

Auch aus rein populistischen Einstellungen lässt sich eine Anti-Klima-Position ableiten – und zwar sogar unabhängig von der Parteivorliebe. Das konnten umfassende Analysen von Umfragedaten aus den USA und Großbritannien zeigen.³⁵ Auch wenn sie unterschiedlich gewichtet werden: Alle Ansätze eint, dass sie Elemente rechtspopulistischer Ideologie als Erklärung heranziehen.



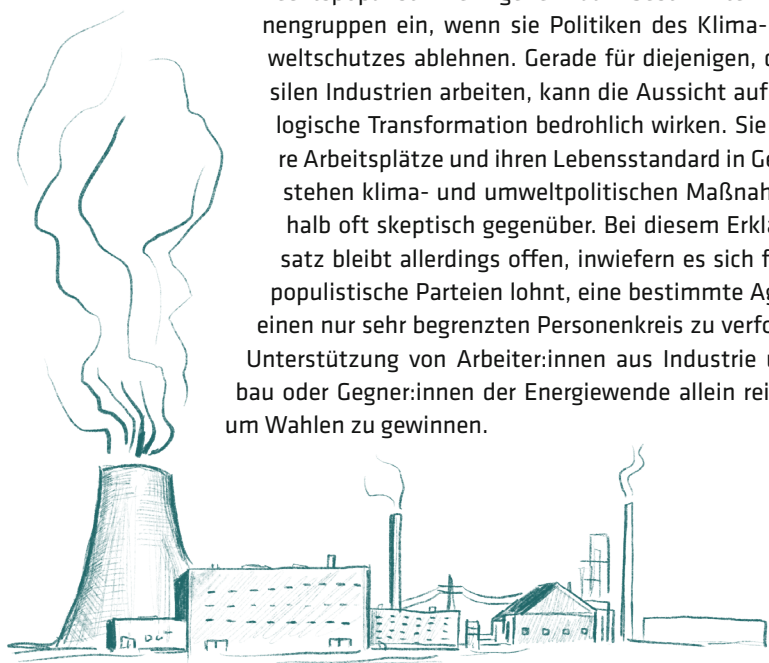
Fokus: Eine Strategie verfolgen

Den Klimawandel zu leugnen sowie Klima- und Umweltschutzpolitik abzulehnen, kann auch als eine bewusst gewählte politische Strategie von Rechtspopulist:innen verstanden werden. Während das Thema Klima in Politik und Medien immer wichtiger wird, versucht die AfD gezielt Menschen anzusprechen, die sich eher skeptisch zeigen oder klar dagegen positionieren. So entwickelt die Partei gezielt ein Alleinstellungsmerkmal. Entsprechend kann auch die Ablehnung der Energiewende als ein taktisches Manöver gedeutet werden, denn damit grenzt sich die AfD von den etablierten Parteien ab.³⁶

Sich bewusst von etablierten Parteien zu distanzieren, kann für Rechtspopulist:innen manchmal sogar bedeuten, für Natur- bzw. Umweltschutz zu stimmen. Dies veranschaulicht das Glyphosat-Verbot in Österreich: Im Jahr 2019 unterstützte die rechtspopulistische FPÖ einen Antrag der Sozialdemokrat:innen (SPÖ), in dem es um ein landesweites Verbot von Glyphosat ging. Die Partei konnte damit ihr Profil schärfen: sich gegen den politischen Mainstream und für die Bewahrung der Natur einsetzen und dafür auch vor restriktiven Mitteln wie Verboten nicht zurückschrecken. Zugleich stellte sie sich gegen ihren Koalitionspartner ÖVP und versuchte durch die ökologische Positionierung, neue Wähler:innen für sich zu gewinnen.³⁷

Fokus: „Transformationsverlierer:innen“ ein Angebot machen

Rechtspopulist:innen gehen auf bestimmte Wähler:innengruppen ein, wenn sie Politiken des Klima- und Umweltschutzes ablehnen. Gerade für diejenigen, die in fossilen Industrien arbeiten, kann die Aussicht auf eine ökologische Transformation bedrohlich wirken. Sie sehen ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensstandard in Gefahr und stehen klima- und umweltpolitischen Maßnahmen deshalb oft skeptisch gegenüber. Bei diesem Erklärungsansatz bleibt allerdings offen, inwiefern es sich für rechtspopulistische Parteien lohnt, eine bestimmte Agenda für einen nur sehr begrenzten Personenkreis zu verfolgen. Die Unterstützung von Arbeiter:innen aus Industrie und Bergbau oder Gegner:innen der Energiewende allein reicht nicht, um Wahlen zu gewinnen.



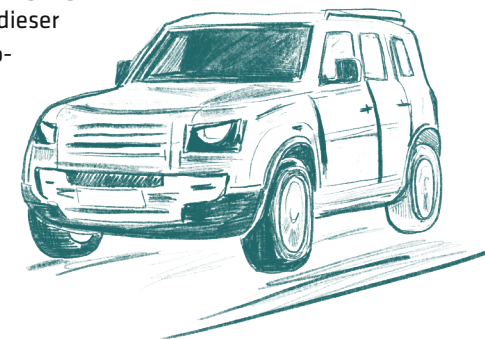
Fokus: Den Status quo bewahren

An den Themen Klima- und Umweltschutz scheiden sich die Geister. Zum Teil wird argumentiert, dass sie eine neue kulturelle Konfliktlinie bilden, an der verschiedene Lebensmodelle und Werthaltungen aufeinanderprallen.³⁸ Auf der einen Seite finden sich Rechtspopulist:innen, auf der anderen Seite stehen, nach dieser Lesart, Kosmopolit:innen mit ihren postmateriellen und liberalen Werten. Diese Werte lehnen die Ersten grundlegend ab. Wer also den wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel und die entsprechenden politischen Maßnahmen

zurückweist, stellt sich damit gewissermaßen auch gegen vermeintlich kosmopolitische Projekte wie den Kampf gegen die globale Erwärmung.

Aus feministischer Sicht verknüpft der Ansatz der *Petro-Masculinity* das Festhalten an fossilen Energieträgern durch rechtspopulistische Parteien und Initiativen mit einem gesellschaftlich verankerten patriarchalen Macht- und Herrschaftssystem, an dem nicht gerüttelt werden soll und das mit einer spezifischen Lebensführung in Zusammenhang steht.³⁹ Andere Untersuchungen stellen einen statistischen Zusammenhang zwischen Männlichkeit und dem Bestreiten des Klimawandels fest, den sogenannten *White-Male-Effect* (auf Deutsch: Weißer-Mann-Effekt).⁴⁰

Schließlich lässt sich die Nicht-Anerkennung des Klimawandels und der damit einhergehenden Notwendigkeit zu handeln, auch als Verteidigung bestehender Privilegien deuten. Aus dieser Sicht spiegelt der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien besonders deutlich den Wunsch, den Status quo zu bewahren. Die AfD kann so als Vertreterin einer Allianz mit einem zentralen Versprechen gesehen werden: „Wir sorgen dafür, dass sich nichts ändert.“⁴¹



VI. Rechtspopulismus und der sozial-ökologische Wandel: Was nun?

Wirtschaft und Gesellschaft klimafreundlich und insgesamt nachhaltiger zu gestalten, gilt als eine der großen Herausforderungen der Gegenwart. Diese anspruchsvolle Zielsetzung zu erreichen, macht der Aufstieg des Rechtspopulismus mit seiner Ablehnung von Klima- und Umweltschutz noch schwerer. In diesem abschließenden Kapitel soll deshalb skizziert werden, wie Politik und (Zivil-)Gesellschaft mit einem erstarkenden Rechtspopulismus umgehen können. Der Kontext einer sozial-ökologischen Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit bildet dabei den Rahmen.

Zunächst werden einige Kernaussagen dieser Veröffentlichung zusammengefasst, um Ansatzpunkte für den Umgang mit Rechtspopulist:innen zu finden.

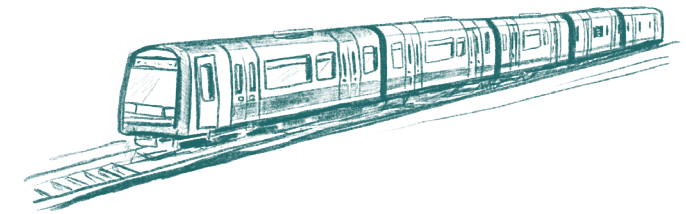
Die Vertreter:innen des organisierten Rechtspopulismus leugnen zum Teil den menschengemachten Klimawandel und lehnen Klimaschutzpolitik ab. Als Gründe nennen sie unter anderem die vermeintliche Schwächung des Wirtschaftsstandorts, die Belastung des „kleinen Mannes“ oder die Einschränkung der Freiheit (*siehe Kapitel 4*). Aus der Forschung wissen wir: Diese Ablehnung ist häufig ideologisch bzw. nationalistisch motiviert und/oder dient der Verteidigung von Privilegien (*siehe Kapitel 5*).

Bevölkerungsumfragen zeigen, dass das Bestreiten des Klimawandels bislang nur auf eine vergleichsweise kleine Gruppe von Menschen trifft. Häufiger werden aber konkrete Klimaschutzpolitiken oder Projekte wie die Energiewende abgelehnt – vor allem wenn erwartet wird, dass sie das Leben teurer machen. Entsprechende Einstellungen hängen bei den Befragten vielfach mit der Ablehnung von (Flucht-)Migration oder anderen nationalistischen Einstellungen zusammen (*siehe Kapitel 3*).

Was lässt sich daraus für Nachhaltigkeitspolitik und die gesellschaftliche Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation ableiten?

Tatsächlich ist Klimaschutzpolitik bislang teilweise so ausgestaltet, dass sie bestehende Ungleichheiten verstärkt oder negative Verteilungswirkungen mit sich bringt. Beispiele dafür sind Energiesteuern, die allgemeine Bepreisung von CO₂ oder die Regelungen zur Einspeisevergütung für Erneuerbare Energien.

Ein Ansatzpunkt wäre, Haushalte mit mittleren und geringeren Einkommen durch klima- und umweltpolitische Maßnahmen nicht mehr zu belasten, sondern möglicherweise sogar zu entlasten. Auch Gesetzgebungen, die ÖPNV und Fahrradmobilität stärken, sind nicht nur für das Klima sinnvoll. Sie erhöhen auch die Mobilitätschancen benachteiligter sozialer Gruppen, denn sie senken die Abhängigkeit vom privat vergleichsweise teuren Auto. Eine solche **Verknüpfung klima- und sozialpolitischer Anliegen** wird im englischsprachigen Raum bereits unter dem Schlagwort des „Green New Deal“ diskutiert.⁴²



Klar ist: Eine ambitionierte Klima- und Umweltschutzpolitik erfordert tiefgreifende Veränderungen im Mobilitäts-, Ernährungs- und Energiesystem. Der Alltag der Menschen wird davon häufig nicht unberührt bleiben. Die Konflikte darum, wie wir leben, müssen aber nicht grundsätzlich problematisch sein. Untersuchungen haben gezeigt, dass es sich positiv auf die Umwelt- und Klimaschutzpolitik auswirken kann, wenn diese Fragen in der politischen Arena kontrovers diskutiert werden. Konflikte um eine sozial-ökologische Transformation können für eine **breite politische Debatte** sorgen, die entsprechenden Vorhaben neuen Schub verleiht.



Wenn Rechtspopulist:innen Transformationsfragen politisieren oder zum Grundsatzthema machen, weist dies vielfach darauf hin, dass sich bestimmte Bevölkerungsgruppen im aktuellen Klimadiskurs nicht wiederfinden und nur unzureichend repräsentiert sehen. **Veränderte Repräsentations- und Teilnehmungsformate** können Abhilfe schaffen. So wurde bereits im UN-Aktionsprogramm „Agenda 21“ im Jahr 1992 festgeschrieben, dass die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit eine Grundvoraussetzung ist, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

In Frankreich wurden im Jahr 2019 Klima-Bürger:innenräte ins Leben gerufen. Damit wurde auf die sogenannte *Gelbwesten*-Bewegung reagiert, die sich unter anderem anlässlich der Einführung einer CO₂-Steuer auf Benzin formierte. Jeweils 150 ausgeloste Bürger:innen wurden von Expert:innen beraten und diskutierten auf dieser Grundlage wie Treibhausgasemissionen reduziert werden können. Anschließend legten sie dem französischen Parlament ihre Vorschläge vor, die von einer Verschärfung des Tempolimits auf Autobahnen bis zum Verbot von Inlandsflügen reichten.⁴³

Die meisten Parteien sind sich einig, dass Klimaschutz ein zentrales Menschheitsanliegen ist. Rechtspopulist:innen nehmen diesen Konsens zum Anlass, sich als einzige wirkliche Alternative darzustellen. Vor diesem Hintergrund ist eine **konkrete Auseinandersetzung der Parteien mit Klima- und Umweltpolitik** wünschenswert. In der politischen Debatte sollte es also nicht darum gehen, ob Klimaschutz überhaupt sinnvoll ist, sondern um inhaltliche Fragen dazu, wie viel Staat und wie viel Markt ambitionierter



Klimaschutz erfordert oder welche die geeigneten Strategien und Instrumente sind, um die Pariser Klimaziele einzuhalten.

Auch wenn Aufklärung Grenzen hat, ist **politische Bildung zu Klima- und Umweltthemen** wichtig. In den letzten Jahren haben verschiedene Initiativen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft die „Klimamythen“ von Klimawandel-Leugner:innen auseinandergenommen und mit Argumenten widerlegt.

Ein Beispiel aus dem deutschsprachigen Raum ist die der Blog „Klimalounge“, den maßgeblich der Potsdamer Klimawissenschaftler Stefan Rahmstorf betreibt (scilogs.spektrum.de/klimalounge). Hier werden die neuesten wissenschaftlichen Befunde zum Klimawandel allgemeinverständlich erklärt oder Positionen der AfD zum Klimawandel mit wissenschaftlichem Wissen abgeglichen.

Klimaschutzpolitik und eine sozial-ökologische Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit brauchen **positive Zukunftsperspektiven**. Zum einen geht es darum für „Transformationsverlierer:innen“ konkrete neue Möglichkeiten und Angebote in Aussicht zu stellen, um die Akzeptanz von Klimaschutzpolitiken zu erhöhen – zum Beispiel bei Arbeiter:innen in klimaschädlichen Industrien. In Ansätzen ist dies heute schon der Fall; etwa in der Lausitz, wo in den kommenden Jahren etwa die öffentliche Infrastruktur stark ausgebaut wird.

Rechtspopulist:innen setzen auf den Erhalt des Status quo und sehen Umwelt- und Klimaschutz als Bedrohung dessen (*siehe Kapitel 2 und 5*). Als Antwort darauf, sind **greifbare Zukunftsvisionen und Vorstellungen des guten Lebens** sowie Diskussionen darüber notwendig. Denn Verlust- und Katastrophenszenarien allein motivieren nicht für eine sozial-ökologische Transformation unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit. Ohne Bilder davon, was in der Zukunft wünschenswert und möglich ist, erscheinen die umwelt- und klimaschädlichen Lebensstile der Gegenwart umso attraktiver.⁴⁴ Auch unabhängig von der Herausforderung durch den Rechtspopulismus ist dies für das Gelingen einer sozial-ökologischen Transformation essentiell. Denn die Zukunft hängt wesentlich davon ab, wie wir sie entwerfen und gestalten.

Endnoten

- 1 Mudde, Cas & Roveira Kaltwasser, Cristóbal (2019): Populismus. Eine sehr kurze Einführung. München
- 2 S. 19-20 in Jörke, Dirk; Veith, Selk (2020): Theorien des Populismus zur Einführung. Hamburg
- 3 Küpper, Beate (2017): Meinungsbildung, Meinungsmache – Rechtspopulistische Einstellungen in der Bevölkerung, die AfD und die Medien. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen, Vol. 30, No. 2, S. 2-10
- 4 Inglehart, Roland (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton/New Jersey
- 5 Die empirischen (Sekundär-)Analysen beruhen auf Auswertungen von drei Datenquellen, dem GESIS Panel (2017-2019), dem European Social Survey 2016 und dem Sozio-oekonomischen Panel (im Zeitverlauf). Weitere Informationen finden sich unter www.gesis.org und www.diw.de (abgerufen am 20.05.2021).
- 6 Entsprechend der hier genutzten Datenquellen können die in der Literatur als einschlägig identifizierten Merkmale des Populismus (vertikal: Anti-Establishment, Anti-Pluralismus; horizontal: Nativismus, Autoritarismus und Gender-Aspekte) empirisch weitgehend erfasst werden.
- 7 Vehrkamp, Robert; Merkel, Wolfgang (2018): Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. Gütersloh
- 8 Vehrkamp, Robert; Merkel, Wolfgang (2020): Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020. Gütersloh
- 9 Unter „Nativismus“ wird eine Ideologie verstanden, die auf eine Bevorzugung der einheimischen, vor allem in einem Land geborenen, Bevölkerung setzt.
- 10 „Geistig krankes, behindertes Mädchen“: AfD-Mann poltert heftig gegen Greta Thunberg. Internet: <https://www.merkur.de/politik/greta-thunberg-afd-lindemann-kritik-krankheit-asperger-vw-zr-13372745.html> (abgerufen am 20.05.2021)
- 11 Die Klimapolitik der AfD. Internet: https://www.deutschlandfunk.de/die-klimapolitik-der-afd-persoene-liche-angriffe-und-1773.de.html?dram:article_id=444916, (abgerufen am 23.03.2021)
- 12 Klimakids gehören nicht zum „Volk“. Internet: <https://taz.de/AfD-Angriffe-auf-Fridays-for-Future/!5666493> (abgerufen am 23.03.2021)
- 13 Greta Thunberg: Keine Belege für systematische PR-Kampagne der Eltern und eines Unternehmers. Internet: <https://correctiv.org/faktencheck/gesellschaft/2019/06/13/greta-thunberg-keine-belege-fuer-systematische-pr-kampagne-der-eltern-und-eines-unternehmers> (abgerufen am 23.04.2021)
- 14 Greta Thunberg: Keine Belege für systematische PR-Kampagne der Eltern und eines Unternehmers. Internet: <https://correctiv.org/faktencheck/gesellschaft/2019/06/13/greta-thunberg-keine-belege-fuer-systematische-pr-kampagne-der-eltern-und-eines-unternehmers> (abgerufen am 23.04.2021)
- 15 „Der Klimawandel ist nur Panikmache“. Internet: <https://www.faz.net/aktuell/politik/gauland-der-klimawandel-ist-politisch-motivierte-panikmache-16392491.html> (abgerufen am 20.05.2021)

- 16 Alexander Gauland will Kritik an Klimaschutzmaßnahmen zu zentralem AfD-Thema machen. Internet: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/klimawandel-alexander-gauland-will-kritik-an-klimaschutzmassnahmen-zu-zentralem-afd-thema-machen/25066846.html?ticket=ST-121663-6u7TBIZ4Szd7RRE4xxCeap6> (abgerufen am 20.05.2021)
- 17 S. 154 in Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke; Bock, Seraja (2020): Abschied vom NIMBY. In: Forschungsjournal soziale Bewegungen. Vol. 33, No. 1, S. 140-160
- 18 Windräder: Geldsegen für Bürger und Gemeinden? Internet: https://www.landtag.ltsh.de/nachrichten/20_02_windkraft_buergerbeteiligung (abgerufen am 20.05.2021)
- 19 Karte der Bürgerinitiativen. Internet: <https://www.windwahn.com/karte-der-buergerinitiativen/> abgerufen am 20.05.2021)
- 20 Schaller, Stella; Carius, Alexander (2019): Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. Berlin
- 21 S. 61 in: Götze, Susanne; Joeres, Anika: Die Klimasmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen. München
- 22 „Heimatbedrohung“ und Klimawandel - so wirbt die AfD im Osten um Wähler. Internet: <https://www.fr.de/politik/sachsen-afd-heimatbedrohung-klimawandel-wirbt-rechte-waehler-12948595.html> (abgerufen am 20.05.2021)
- 23 Die Umweltstrategie der AfD. Warum die Rechtspopulisten jetzt öko sein wollen. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-umweltstrategie-der-afd-warum-die-rechtspopulisten-jetzt-oeko-sein-wollen/24510410.html> (abgerufen am 20.05.2021)
- 24 S. 16 in: Röpke, Andrea; Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Berlin
- 25 S. 11 in: Röpke, Andrea; Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Berlin
- 26 Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Berlin
- 27 S. 4 in: Radtke, Jörg; Canzler, Weert; Schreurs, Miranda A.; Wurster, Stefan (2019): Energiewende in Zeiten populistischer Bewegungen – Einleitende Bemerkungen. In: Radtke, Jörg et al. (Hrsg.): Energiewende in Zeiten des Populismus, S. 3-30. Wiesbaden
- 28 S. 645 in: Eichenauer, Eva; Reusswig, Fritz; Meyer-Ohlendorf, Lutz; Lass, Wiebke: Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Kühne, Olaf; Weber, Florian (Hrsg.): Bausteine der Energiewende, S. 633-651. Wiesbaden.
- 29 S. 4 in: Fochtner, Bernhard (2019): Climate change and the far right. In: WIREs Clim Change (Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change). Vol. 10, No. 5.
- 30 Das Klima und die Populisten. Internet: <https://www.dw.com/de/das-klima-und-die-populisten/a-46481902> (abgerufen am 20.05.2021)
- 31 S. 644 in: Eichenauer, Eva; Reusswig, Fritz; Meyer-Ohlendorf, Lutz; Lass, Wiebke: Bürgerinitiativen ge-

- gen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Kühne, Olaf; Weber, Florian (Hrsg.): Bausteine der Energiewende, S. 633-651. Wiesbaden.
- 32 Schaller, Stella; Carius, Alexander (2019): Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. Berlin
- 33 S. 161 in: Radtke, Jörg; Schreurs, Miranda A. (2019): Klimaskeptizismus und populistische Bewegungen in Europa und den USA. In: Radtke, Jörg et al. (Hrsg.): Energiewende in Zeiten des Populismus, S. 3-30. Wiesbaden.
- 34 McCright, Aaron M.; Dunlap, Riley E.; Marquart-Pyatt, Sandra T. (2016): Political ideology and views about climate change in the European Union. In: Environmental Politics, Vol. 25, No. 2, S. 338-358
- 35 Huber, Robert A. (2020): The role of populist attitudes in explaining climate change skepticism and support for environmental protection. In: Environmental Politics, Vol 29, No. 6, S. 959-982. Und Huber, Robert A.; Fesenfeld, Lukas; Bernauer, Thomas (2020): Political populism, responsiveness, and public support for climate mitigation. In: Climate Policy, Vol. 20, No. 3, S. 373-386
- 36 Selk, Veith; Kemmerzell, Jörg; Radtke, Jörg (2019): In der Demokratie-falle? Probleme der Energiewende zwischen Expertokratie, partizipativer Governance und populistischer. In: Radtke, Jörg et al. (Hrsg.): Energiewende in Zeiten des Populismus, S. 3-30. Wiesbaden.
- 37 Tosun, Jale; Debus, Marc (2021): Right-wing populist parties and environmental politics: insights from the Austrian Freedom Party's support for the glyphosate ban. In: Environmental Politics, Vol. 30, No. 1-2, S. 224-244
- 38 Ingelhart, Roland F.; Norris, Pippa (2016): Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash. In: HKS Faculty Research Working Paper. Harvard.
- 39 Daggett, Cara (2018): Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: Millennium, Vol 47, No. 1, S. 25-44.
- 40 McCright, Aaron M.; Dunlap, Riley E. (2011): Cool dudes: The denial of climate change among conservative white males in the United States. In: Global Environmental Change, Vol. 21, No. 4, S. 1163-1172
- 41 Eversberg, Dennis (2018): Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: PROKLA, Vol. 48, No. 190, S. 43-54.
- 42 A Message From the Future With Alexandria Ocasio-Cortez. Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=d9uTH0iprvQ> (agerfufen am 24.04.2021)
- 43 Tempolimit, Flughafenerbot und Klimasteuer. Internet: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-06/klimapolitik-frankreich-buergerrat-klimaschutz-gelbwesten-direkte-demokratie> (abgerufen am 20.05.2021)
- 44 Welzer, Harald (2019): Zukunftsbilder von gestern, heute und morgen. In: Michaela Christ, Bernd Sommer u. Klara Stumpf (Hg.), Transformationsgesellschaften. Zum Wandel gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Weimar (Lahn): 131-141.

Ist die Ablehnung von Klimaschutz kennzeichnend für Rechtspopulismus? Und wenn ja, wieso ist das so? Teilen die Anhänger:innen des Rechtspopulismus und auch breitere Bevölkerungsteile die Anti-Klima-Positionen? Und: Was bedeutet ein Erstarren des Rechtspopulismus für eine sozial-ökologische Transformation zur Nachhaltigkeit?

Diesen Fragen geht „Auf Kosten des Volkes!“ *Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt* nach. Die Broschüre fasst Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Politiken der Nicht-Nachhaltigkeit (PONN): National-autoritärer Populismus und neue soziale Disparitäten als gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation“ zusammen. Die Studie PONN wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und von Mitarbeiter:innen der Technischen Universität Dortmund sowie der Europa-Universität Flensburg zwischen Mai 2020 und Juni 2021 durchgeführt.